

Regierung will Wasser besteuern

Am 19. und 20. März haben tausende srilankischer Bauern in zahlreichen Orten Sri Lankas gegen Pläne der Regierung protestiert, zukünftig Wasser aus den Bewässerungsreservoirs zu besteuern.

Walter Keller

Angeführt wird die Kampagne vom *Movement for the Protection of the Water Rights of the Community* (Podu Jala Aithin Surakime Vyaparaya). Der Bewegung gehören neben Umweltgruppen auch Bauernverbände und Menschenrechtsorganisationen an. Höhepunkt der Proteste war eine Kundgebung im südlichen Kataragama, einem traditionellen Wallfahrtsort für Buddhisten und Hinduisten.

Appuhamy versteht die Welt nicht mehr und erst recht nicht die Politik seiner Regierung: Soweit er sich zurückerinnern kann, hat seine Familie immer Reis angebaut, wie hunderttausende andere Srilankaner auch. Der 60-jährige Sinhalesische Bauer aus der Nähe von Minneriya im nordöstlichen Polonnaruwa Distrikt der Insel besitzt knapp fünf Acre Land, das sind etwa zwei Hektar. Und in diesem Feld steht er nun, um den Boden für die neue Aussaat vorzubereiten. Bekleidet nur mit einem Lendenschurz und in der Hand eine *Mamati*, eine Art Hacke, mit der er den Boden aufschlägt. Sein Körper macht einen fiten Eindruck, weil er sein ganzes Leben immer körperlich gearbeitet hat. Und, weil er immer genügend Reis zu essen hatte, wie er betont.

Minneriya ist eines der Kerngebiete des Reisanbaus, zwei sogar drei Ernten pro Jahr sind hier möglich, weil es künstliche Stauseen gibt, sogenannte *Wewa*,

„Wäschewaschen ohne Genehmigung verboten...“

wie sie im Sinhalesischen genannt werden. Diese Wasserreservoirs, viele von ihnen datieren auf die Zeit der alten sinhalesischen Königreiche zurück, die sich in der heutigen Nordzentralprovinz zwischen dem 1. und 13. Jahrhundert eta-

bliert hatten, sind Wunderwerke der Hydrokultur. Sie erstrecken sich über die gesamte Trockenregion Sri Lankas, fangen während der Monsunzeit das Regenwasser auf und bringen das für den Reisanbau so kostbare Naß über Kanäle auf die Felder.

Aber damit soll in Sri Lanka demnächst Schluß sein – zumindest sollen die Bauern das von ihnen benötigte Irrigationswasser nicht mehr kostenlos erhalten. „Es gibt bisher viele Gerüchte über das, was die Regierung plant“, meint Appuhamy. „Aber wenn das, was durchsickert, Realität wird, dann gibt es nicht nur in unserer Gegend einen Aufstand“, prophezeit er. Und schon machen die regierungsunabhängigen Bauernverbände mobil für den Ernstfall, sollte das zutreffen, was Sarath Amunugama, Minister für Bewässerungswirtschaft und Wasserressourcen, bisher noch herunterspielt. Fakt ist jedoch, daß bereits im letzten Jahr ein Gesetzesentwurf erarbeitet wurde, der Wasser zu einer käuflichen Ware macht. „Hier geht es nicht um das Wasser, das in Colombo in den Häusern der Mittel- und Oberschicht aus dem Wasserhahn kommt“, erklärt Kalyananda Tiranagama, Rechtsanwalt und Vorsitzender der Menschenrechtsorganisation *Lawyers for Human Rights and Development* (LHRD). „Es geht darum, den Bauern demnächst eine Rechnung zu präsentieren für das Wasser, was aus den Reservoirs auf ihre Felder fließt“.

Und nicht nur das: Offensichtlich will die Regierung auch alle anderen über- und unterirdischen Wasserquellen in das Eigentum des Staates stellen: Flüsse, Bäche, Wasserfälle usw. Und niemand soll nach dem Gesetzesentwurf demnächst ohne Genehmigung Wasser aus diesen Quellen entnehmen dürfen. „Selbst das Baden oder Wäschewaschen in einem Fluß, was ja in Sri Lanka Tradition hat,

weil es unter dörflichen Strukturen keinen Anschluß der Haushalte an ein organisiertes Wasserversorgungsnetz gibt, wird in Zukunft ohne Genehmigung verboten sein“, kritisiert Tiranagama. „Dies ist doch Wahnsinn“, ereifert sich der Rechtsanwalt, der den Gesetzesentwurf

„Ein weiterer Schritt hin zum Ausverkauf des Landes“

zu einem riesigen Stapel Papier auf seinem Schreibtisch aufgetürmt hat. Und der Bauer Appuhamy, der Wasser als Geschenk der Natur bezeichnet, gerät außer sich bei dem Gedanken, daß der Staat sich nun dieses Geschenk zur Vermarktung einzuverleiben gedenkt. „Der Staat hat überhaupt kein Recht, sich als Eigentümer allen Wassers aufzuspielen“.

Minister Amunugama hingegen wirft den Organisatoren und Aktivisten Panikmache und Fehlinformation vor. Er sieht in dem Vorhaben eher einen notwendigen Schutz vor Wasserverschwendung. Dies aber können die Bauern nicht akzeptieren. „Wir nutzen das Wasser, was wir benötigen“, erklärt Sunil Gunasekera, dem das Feld neben Appuhamy gehört. Wir haben gelernt, mit diesem kostbaren Gut umzugehen. Für Tiranagama sind die Argumente des Ministers nur vorgeschoben. Er sieht hinter allem eher den Versuch der Regierung, die Bauern vom Reisanbau abzuhalten, sie über den Verkauf von Wasser in den Ruin zu treiben, damit sie ihr Land an Großbauern oder multinationale Konzerne verkaufen, die dann darauf exportfähige landwirtschaftliche Produkte wie Zuckerrohr, Bananen oder Baumwolle für den internationalen Markt anbauen. Bestärkt in dieser Annahme wird er von Passagen aus dem Gesetzesentwurf, in denen die Behauptung aufgestellt wird, der



Die geplante Wassersteuer könnte viele Reisbauern in den Ruin treiben. (Foto: Walter Keller)

Reisanbau sei für Sri Lanka nicht dienlich. Der hohe Wasserbedarf der Reisfelder führe zu Wasserverschwendung; außerdem sei der Ertrag pro Hektar niedrig und demzufolge der Reisanbau unproduktiv. Diese Erkenntnis könnte bedeuten, daß demnächst von den gut 1,5 Millionen Hektar bebaubaren Landes 740.000 Hektar, die seit mehr als 2000 Jahren mit Reis bepflanzt werden, aufgegeben werden müßten. 1,8 Millionen Landwirte, überwiegend Subsistenzbauern, könnten ihre Arbeit verlieren und ihr Grundnahrungsmittel nicht mehr anbauen. „Stattdessen soll dann ein neuer Markt für die Überschußproduktion von Weizenmehl aus den USA oder Ka-

„Wasser zur Bewässerung von Feldern ist eine Ware...“

nada gefunden werden“, spekuliert Tirinagama. Der Hunger der Srilankaner ließe sich jedoch nur mit Reis stillen.

Sarath Fernando, Vorsitzender einer Bauernorganisation, sieht in den Versu-

chen der Regierung noch etwas anderes: „Für mich bedeutet dies einen weiteren Schritt hin zum Ausverkauf des Landes, der unter dem Druck von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und Asiatischer Entwicklungsbank erfolgt“. Der Regierung gehe es nicht um die Konservierung von Wasser, sondern darum, den Forderungen der internationalen Geberagenturen zu entsprechen. Diese fordern eine Privatisierung des Wassersektors für ausländische Investoren.

Tatsächlich gibt es schon seit 1980 Versuche der Weltbank, die Regierung Sri Lankas davon zu überzeugen, Wasser nicht mehr kostenlos an die Bauern abzugeben und eine Besteuerung einzuführen. In einem Papier der Weltbank vom Juli 1995 heißt es: „Wasser zur Bewässerung von Feldern ist eine Ware und der Preis dafür sollte durch die Kräfte des Marktes bestimmt werden“. Die in Colombo erscheinende Sonntagszeitung *Sunday Leader* berichtet in ihrer Ausgabe vom 11. Februar 2001, der Internationale Währungsfond habe die Vergabe von Krediten an zwölf Länder bereits direkt mit der Forderung nach einer Privatisierung ihrer Wasserwirtschaft gekoppelt.

Diese Annahme werde durch mehrere Besuche britischer Firmen in Sri Lanka genährt, die sich für die Wasserwirtschaft des Landes interessiert hätten.

Eine Privatisierung könnte der Regierung momentan ganz recht kommen, verspricht diese doch neue Einnahmequellen. Schon während der letzten zehn Jahre wurden Staatsbetriebe Sri Lankas privatisiert, um dem Staat zu dringend benötigten Finanzmitteln zu verhelfen.